

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Jahresrundschau

[urn:nbn:de:bsz:31-337707](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-337707)

Jahresrundschau

Wieder ist ein Jahr ins Land gegangen, von dem der Chronist nicht viel Gutes zu berichten weiß. Es war nur eine Etappe auf dem seit 1918 begonnenen Leidensweg des deutschen Volkes. Wir wissen, daß ihrer noch viele folgen werden. So wenig wie im alten Jahre dürfen wir vom neuen eine günstige Wendung unseres Schicksals erwarten. Es hilft uns auch nicht, wenn wir angesichts der maßlosen Schwierigkeiten der Zeitslage von zweifelnder Verzagttheit, von verbittertem Arger uns erfassen lassen, sondern mehr wie je gilt für unsere Zeit und unsere Generation das eherner Gebot: Bete und arbeite! „Arbeiten und nicht verzweifeln“ muß die Losung sein. Dann werden wir, und sei es erst nach vielen Jahren, das Sklavenjoch wieder einmal abschütteln, wir werden herauskommen aus dem Tal des Jammers und der Tränen und werden, so Gott will, wie ehemals wieder die uns gebührende Stelle im Kreise der Nationen einnehmen, um in friedlichem Wettbewerb mitzuhelfen an der Wiedergesundung der heute aus tausend Wunden blutenden Menschheit.

Das verfllossene Jahr stand für uns Deutsche noch mehr wie die früheren in hohem Maße unter dem Druck der weltpolitischen Geschehnisse, der Machtpolitik unserer früheren Feinde. Das Reparationsproblem war der Angelpunkt unserer ganzen auswärtigen Politik und hat auch der Innenpolitik seinen Stempel aufgedrückt. Im Sommer 1921, wo wir mit unserer Chronik beginnen wollen, hatte sich die deutsche Regierung eben dem Londoner Ultimatum unterworfen, um durch dessen Annahme die drohende Besetzung des Ruhrreviers, die unmittelbare Finanzkontrolle zu verhindern und den durch einen bewaffneten Einmarsch gefährdeten Bestand des Reiches zu erhalten. Abergroße Kraftanstrengungen wurden gemacht, um restlos den Bedingungen des Ultimatus zu entsprechen. Vor allem stellte die Zahlung von 1 Milliarde Goldmark eine ungeheure Leistung dar, wie sie die Geschichte bis dahin nicht erlebt hatte. Bis zum 30. Juni waren auch die Selbstschutzorganisationen aufgelöst und deren Waffen, sowie die Bestände an Heeresgut und Heeresgeräten abgeliefert, soweit sie die von der Kontrollkommission festgelegten Höchstzuweisungen überschritten. Die Sanktionen im Rheinland, die in der Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und in der Errichtung eines eigenen Zollregimes bestanden, hatten damit jeden Grund verloren, doch von ihrer Aufhebung wollten die Franzosen nichts wissen. Wir zahlen heute noch 26 Prozent Ausfuhrabgabe, wenn auch auf andere Weise, und die genannten Städte sind immer noch von fremden Truppen besetzt.

Wir waren um eine Hoffnung betrogen, aber die Regierung Wirth fuhr dennoch fort in ihrer Erfüllungspolitik. Sie wollte erfüllen, bis der Augenblick gekommen wäre, in dem die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht sein würde, bis andererseits die Einsicht in der Entente die Oberhand gewinne, daß die Politik des Ultimatus nicht für Deutschland allein den Ruin bringe, sondern die ganze Weltwirtschaft aus den Angeln hebe. Die Franzosen aber glaubten, man brauche nur zu diktieren, und das deutsche Gold würde in ungezählten Güterwagen nach Frankreich rollen und mit dem Londoner Ultimatum sei nicht nur Frankreich, sondern der ganzen Welt geholfen. Daß ihre Rechnung falsch war, haben sie nur allzu bald einsehen müssen.

Es war klar, daß die fortdauernden Geldleistungen schwerer auf Deutschland lasten würden als jede andere Bürde und daß damit eine fortschreitende Entwertung der Mark verknüpft sein mußte. Man wollte daher einen Teil der Leistungen durch Sachlieferungen abtragen und schuf dafür im Wiesbadener Abkommen, das zwischen den Wiederaufbauministern Rathenau und Loucheur vereinbart wurde, den entsprechenden Rahmen. Es war dies die erste grundsätzliche, auf friedlicher und geschäftlicher Basis erfolgte Verständigung zweier ehemaligen Gegner, die die Einleitung einer Periode der europäischen Gemeinschaftsarbeit und des Wiedererwachens der Weltwirtschafts Solidarität erwarten ließ. Den Abmachungen der beiden Regierungen lag der ausdrückliche Wille zugrunde, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Lieferung von Einrichtungsgegenständen und Baustoffen in möglichst großem Umfange zu bewirken. Das Abkommen dauert bis 1926. In diesem Zeitraum sind Lieferungen in Höhe von 7 Milliarden Goldmark vorgesehen. Die Anrechnung der Lieferungen auf die deutsche Reparationsschuld erfolgt jedoch nicht in vollem Umfange, sondern es dürfen in diesen fünf Jahren nur 3 Milliarden auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden. Die restlichen 4 Milliarden werden erst nach 1926 auf die jährlichen Leistungen in einer Höhe von jeweils 10 Prozent gutgeschrieben. Diese Klausel stellte ohne Zweifel die größten Zumutungen an den Erfüllungswillen Deutschlands, aber man hielt sie für das kleinere Übel.

Deutschland zahlte indessen den ganzen Sommer hindurch seine Raten, um den Reparationsverpflichtungen so gut wie möglich nachzukommen. Niemand mehr in der Welt sollte Anlaß haben, an dem Ernst und ehrlichen Willen des Deutschen Reiches zu zweifeln, seine Verpflichtungen bis zur Grenze des Möglichen zu erfüllen. Infolge

dieser
mehr
forder
Dazu
Folgen
rung
dere
dem
seinen
Aufsch
mit ei
Ihre
währe
Staats
mit n
Deuts
währe
selben
gebot
ratung
sich vo
sturm
Aberfü
wirtsch
komm
den.
im Au
gewiß
Ansin
ungen
tungen
Repar
Jahre
eine k
sei.
damit
mußte
setzung
einen
Deuts
hat, n
von d
licht v
gegriff
leistung
Gold
Goldb
Goldm
wurde
Das
mark.
Die
ersten
keine
zahlung
aussch
schloß
schluß
und
worde

dieser Erfüllung sank jedoch die Mark immer mehr und das Aufbringen der Goldmillionen erforderte stets ein Vielfaches an Papiermillionen. Dazu traten noch andere weltwirtschaftliche Folgerungen ein. Im Herbst sah unsere Regierung ein, daß zur Beschaffung der Summen andere Wege beschritten werden müßten. Nur auf dem Wege des Kredits konnte Deutschland seinen Verpflichtungen noch nachkommen. Großes Aufsehen erregte es, als die deutsche Industrie mit einem Kreditplan vor die Regierung trat. Ihre Vertreter erklärten, man habe die Notwendigkeit erkannt, den Staat zu stützen, die Staatsfinanzen mit Energie zu balancieren, damit nicht der Tag komme, an welchem das Deutsche Reich seinen Konkurs anzeigen müsse, während die industriellen Unternehmungen desselben Landes in bester Blüte stehen. Das Angebot der Industrie wurde nach eingehenden Beratungen von der Regierung abgelehnt, zumal sich vor allem unter den Eisenbahnern ein Proteststurm gegen die von der Industrie geforderte Überführung der öffentlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Hand erhob. Auch die Garantiekommission war mit dem Plan nicht einverstanden. Daraus versuchte man es mit einem Kredit im Auslande. Aber die Bank von England, eine gewiß kompetente Stelle, erklärte auf dieses Ansinnen, daß unter der Herrschaft der Bedingungen, die zur Zeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, weder eine lang- noch eine kurzfristige Anleihe in England zu erlangen sei. Das Reparationsproblem als solches war damit erneut aufgeworfen und die Herren Sieger mußten, wenn auch noch so ungern, eine Herabsetzung der Zahlungen ins Auge fassen. Um sich einen Begriff davon zu machen, welche Summe Deutschland an Reparationen bereits aufgebracht hat, wollen wir hier einige Zahlen einfügen, die von der Reparationskommission selbst veröffentlicht wurden, also viel zu nieder, denn zu hoch gegriffen sind: Deutschlands Reparationsleistungen betragen bis Ende Dezember 1921: an Gold und ausländischen Devisen: 1 184 172 000 Goldmark; an Sachleistungen 2 799 342 000 Goldmark. Der Wert der abgetretenen Gebiete wurde mit 2 504 342 000 Goldmark angerechnet. Das sind zusammen etwa 6 500 000 000 Goldmark.

Die Konferenz von Cannes in den ersten Januar Tagen 1922 brachte, wenn auch keine endgültige Herabsetzung der Reparationszahlungen, so doch einen vorläufigen Zahlungsausschub, der allerdings ohne Frankreich beschlossen wurde, da dessen Vertreter vor der Beschlussfassung den Konferenzort verlassen hatten und das Kabinett Briand in Paris gestürzt worden war. Nach einem Beschluß der Re-

parationskommission wurde danach der deutschen Regierung eine vorläufige Verzugsfrist für die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten gewährt, die an folgende Bedingungen geknüpft war: Während der vorläufigen Verzugsfrist zahlt Deutschland alle 10 Tage, beginnend am 18. Januar, 31 Millionen Goldmark in zugelassenen Devisen und unterbreitet binnen 14 Tagen der Reparationskommission einen angemessenen Reform- und Garantieplan betreffend das deutsche Budget und den deutschen Papiergeldumlauf, sowie ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922. Die Defizitabzahlungen, die uns damit für die ersten Monate des Jahres als Provisorium auferlegt waren, haben natürlich den Wechselkurs in starkem Maße zu Ungunsten Deutschlands beeinflusst und die endgültige Regelung der Reparationszahlungen wurde immer sehnlicher von allen Beteiligten gewünscht.

Die Entscheidung der Reparationskommission über Deutschlands Zahlungs- und Leistungsverpflichtungen fiel am 22. März. Danach sollten wir im Jahre 1922 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen an die Entente abführen. Da bereits 282 Millionen gezahlt waren, blieben für den Rest des Jahres noch 438 Millionen Goldmark zu zahlen übrig. Diese Zahlen bedeuten gegenüber dem Londoner Zahlungsplan eine Verminderung unserer Verpflichtungen um etwa 45 Papiermilliarden. Außerdem verlangte die Reparationskommission die alsbaldige Verabschiedung des Steuerkompromisses, sowie einen Zusatzsteuerentwurf, der weitere 60 Milliarden Papiermark aus dem deutschen Volke herauspressen soll. Ein Garantiekomitee soll ferner eine genaue Kontrolle ausüben über den gesamten Reichshaushalt. Schließlich soll bis zum 30. April ein Programm gegen die Kapitalflucht, ein Programm über die Kontrolle der Ausfuhrdevisen und ein allgemeines Programm zur Sicherstellung der Rückkehr des Gegenwertes der deutschen Ausfuhr aufgestellt werden.

Das Bekanntwerden dieser Bedingungen hatte wieder eine solche Entwertung der Mark zur Folge, daß der ganze Etat über den Haufen geworfen wurde. Im Reichstag erklärte der Reichskanzler alsbald, daß wir nicht in stande seien, den Forderungen in allem zu entsprechen. Unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse würden die Vornahme einer so mechanischen Maßnahme, wie sie in der Ausschreibung von 60 Milliarden neuer Steuern von uns verlangt wird, nicht dulden. Am eine Einigung zu erzielen, begab sich jedoch Reichsfinanzminister Dr. Hermes nach Paris, der nach Verhandlungen mit der Reparationskommission eine gewisse Milderung der Bedingungen erzielte. Deutschland muß danach die Banknoten-Ausgabe einstellen, sei-

nen Staatshaushalt in Ordnung bringen und eine gewisse Finanzkontrolle durch das Garantiekomitee gestatten.

Während dieser Zeit tagte in Paris unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Morgan eine interalliierte Anleihekommision, um über die Bedingungen zu beraten, unter denen Deutschland eine Anleihe gewährt werden könnte. Das Komitee kam zu demselben Schluß, wie s. Zt. die Bank von England, daß angesichts der gegenwärtigen Überlastung des deutschen Reichshaushalts und unter den heutigen Reparationslasten an eine internationale Anleihe für Deutschland nicht zu denken sei.

Dann kam am 24. Juni der Mord am Reichsaußenminister Dr. Rathenau, der einen niegesehenen Sturz der deutschen Mark an der Börse zur Folge hatte. Der Dollar, der ein Jahr zuvor noch 86 Mark gegolten hatte, stieg in den ersten Julitagen auf 536 Mark, sodaß zur Aufbringung der monatlichen Reparationsraten von 50 Mill. Goldmark viele Milliarden Papiermark notwendig werden mußten. Nun sah auch die Entente ein, daß unter solchen Verhältnissen auf dem Londoner Zahlungsplan nicht bestanden werden könnte und Deutschland in irgend einer Weise Erleichterungen gewährt werden müßten.

*

Wenn auch die Reparationen während des ganzen verflossenen Jahres derjenige Faktor waren, der nicht nur unsere innen- und außenpolitischen Verhältnisse ausschlaggebend beeinflusste, sondern auch in bezug auf unsere wirtschaftliche und finanzielle Lage sich jederzeit in verhängnisvoller Weise auswirkte, so verdienen doch auch verschiedene andere bedeutende Ereignisse und Entscheidungen Erwähnung. Zunächst ist es die Entscheidung über Oberschlesien.

Nach der Volksabstimmung in Oberschlesien, bei welcher sich bekanntlich 62,7 Prozent der Bevölkerung für den Verbleib bei Deutschland entschieden hatten, herrschte lange Zeit große Ungewißheit über das Schicksal unserer Südbostmark. Eine Interalliierte Kommission, der französische, englische und italienische Truppen zur Verfügung standen, waltete dem Namen nach ihres Amtes, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. In Wirklichkeit hatte der polnische Terrorist Korsanty bald das ganze Land mit seinen Banden überschwemmt und sich die Befugnisse der Kommission angeeignet. Seine Hordebrangsalirten die deutsche Bevölkerung in unbeschreiblicher Weise. Hunderte von friedlichen Bürgern wurden verschleppt, den Bauern wurden Pferde und Vieh weggetrieben, die Gebäude und Geräte zerstört und das Einbringen der Ernte unmöglich gemacht. Ebenso traurig lagen die Verhältnisse bei der Industrie. Auch der Verkehr stockte und der Bolschewismus konnte sich

müheles ausbreiten. Der Vorsitzende der Interalliierten Kommission hatte die Hände in den Hosentaschen und ließ die polnischen Banditen in aller Ruhe gewähren. Er erhielt zwar reichliche Truppenerstärkungen, doch das Aufstandsgebiet blieb nach wie vor in den Händen der Insurgenten, die über die offene polnische Grenze fortgesetzt Verstärkungen und Munition holen konnten. Im Kreise Pleß bildete sich eine Rote Armee, deren Insurgentenabteilungen von den Industrierwerbungen große Geldsummen erpreßten und die Gruben unter die Diktatur der Arbeiter stellten. Die Zustände wurden immer trostloser, zumal der sich bildende Selbstschutz unter General Höfer an der Befreiung des Landes durch die Alliierten gehindert wurde. Zu Taufenden mußten wehrlose Deutsche in polnische Lager wandern, wo sie vollkommen ausgeplündert wurden und einem jämmerlichen Siechtum verfielen. 80 000 Polen versuchten, das Schicksal Oberschlesiens mit Waffengewalt zu entscheiden, nachdem ihnen die Abstimmung trotz allen Benachteiligungen für Deutschland einen Strich durch die Rechnung gemacht hatte.

In den ersten Augusttagen trat in Paris der Oberste Rat zusammen, um die Entscheidung über Oberschlesien zu treffen. Ein Heer von Sachverständigen wurde aufgeboden, ohne daß der hohe Rat zu einem positiven Beschluß gekommen wäre. Frankreich wehrte sich mit Händen und Füßen gegen die von einzelnen Mächten geforderte Anteilbarkeit Oberschlesiens und nach tagelangen zwecklosen Verhandlungen entschloß man sich dazu, die Entscheidung über Oberschlesien dem Völkerbund zu überlassen. Schlimmer als die Verzögerung der Entscheidung war aber die Gewißheit des Verlustes der Kreise Pleß und Rybnik, der Zerstüdelung Oberschlesiens. Die Hoffnung, daß die historische, kulturelle und wirtschaftliche Legitimation Deutschlands auf Oberschlesien anerkannt würde, war zerschanden. Inzwischen wurde es Oktober, ehe der Völkerbundsrat seinen unglücklichen Spruch fällen und der Botschafterkonferenz unterbreiten konnte, die auf Grund dessen die Entscheidung traf und der deutschen Regierung mitteilte. Hiernach wurde der größte Teil der Kreise Rybnik, Pleß, Rattowitz mit Myslowitz und Königshütte, Tarnowitz und Lubninitz zu Polen geschlagen. Daß die Polen damit zufrieden waren, kann man sehr wohl verstehen, da ihnen hierdurch der industriell und volkswirtschaftlich wertvollste Teil der Provinz in die Hände fiel. Das abzutretende Gebiet entspricht in der Größe etwa dem badischen Oberland zwischen Offenburg und Konstanz und zählt rund 500 000 Seelen. Durch die Teilung gingen uns 80 Prozent der ober-schlesischen bzw. 40 Prozent der deutschen Kohlenvorräte verloren. Von den 16 Zink- und Bleierzgruben verblieben uns nur 5, von den 14 Stahl- und Walzwerken

nur 3, hüttenb
Silberb
Anheil
über D
Die
schlesien
weil nu
Situati
dem U
Opfer
Schicksa
nicht a
jedoch
aberma
erkären
urteilun
nichts
rung a
die deu
alles
nahme
soweit
Reichs
obersch
lichem

Wir
schlesien
ausfüh
durch
den so
fere a
den m
Deutsche
mütigen
Raum
der so
gedach
eine V
Aburte
langt.
der gr
gebnis
ge'pro
Engla
weist
breche
ganda
recht

Wi
Boder
Welp
K o n
Novem
blem
und

nur 3, und der Eisenerzbau, die Zink- und Bleihüttenbetriebe und die vorhandenen Blei- und Silberhütten fielen ganz an Polen. Schweres Unheil von unübersehbarer Tragweite war damit über Deutschland hereingebrochen.

Die nächste Folge des Diktats über Oberschlesien war die Demission des Kabinetts Wirth, weil nunmehr die deutsche Politik vor eine neue Situation gestellt war. Dr. Wirth war nach dem Urteil eines holländischen Publizisten ein Opfer des Völkerbundes geworden. Am das Schicksal des Landes in solch schwerer Stunde nicht auf's Spiel zu setzen, übernahm Dr. Wirth jedoch auf Bitten des Reichspräsidenten Ebert abermals die Regierungsbildung, nicht ohne zu erklären, daß die neue Regierung in der Beurteilung der Entscheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkt der vorigen Regierung abweicht. — Erst im Sommer 1922 waren die deutsch-polnischen Verhandlungen, in welchen alles Nähere über die Verwaltung und Übernahme der getrennten Teile abgemacht wurde, soweit gebiehn, daß der Einzug der deutschen Reichswehr erfolgen konnte, die von der befreiten oberschlesischen Bevölkerung mit überschwänglichem Jubel empfangen wurde.

*

Wir haben diese zwei Probleme, das oberschlesische und die Reparationen, deshalb recht ausführlich besprochen, weil ihre Behandlung durch unsere Gegner als die wahre Ursache für den fortwährenden Abstieg Deutschlands und unsere augenblickliche trostlose Lage bezeichnet werden muß. Es ließe sich noch manches sagen, was Deutschland im Laufe des Jahres alles an Demütigungen hinnehmen mußte. Der beschränkte Raum verbietet jedoch, darauf einzugehen. Nur der sog. Kriegsverbrecher sei noch kurz gedacht: Die Entente hatte bekanntlich probeweise eine Anzahl derselben namhaft gemacht und deren Aburteilung vor dem Reichsgericht in Leipzig verlangt. Wir wissen noch aus der Erinnerung, daß der größte Teil dieser Prozesse ein negatives Ergebnis hatte, sodaß die fälschlich Angeklagten freigesprochen werden mußten. Daß die Franzosen und Engländer auf weitere Prozesse verzichteten, beweist deutlich genug, daß es ihnen mit ihren Verbrecherlisten mehr um verleumderische Propaganda, denn um eine Sühne für begangenes Unrecht zu tun war.

*

Wir verlassen nunmehr unseren heimatischen Boden, um uns kurz mit einigen Fragen der Weltpolitik zu befassen. Da ist es zunächst die Konferenz von Washington, die im November 1921 begann und sich mit dem Problem der Abrüstung beschäftigte. Deutschland und Rußland waren nicht vertreten, dagegen

einige Duzend von Miniaturstaaten. Der amerikanische Staatssekretär Hughes legte der verblüfften Konferenz alsbald einen großzügigen Plan über die Abrüstung zur See vor, der zwar nicht so sehr von den großen Seemächten, aber desto mehr von Frankreich und Italien bekämpft wurde. Ähnliche Widerstände machten sich sofort bei der Behandlung der Fragen des „fernen Ostens“ und der Abrüstung zu Lande geltend, bei welcher Frankreich natürlich auch das große Wort führen mußte. Als einziges positives Ergebnis der Konferenz gelangte das sog. Viermächteabkommen zwischen Amerika, England, Frankreich und Japan zur Annahme, das den kolonialen Inselbesitz dieser Mächte im Stillen Ozean in seiner heutigen Verteilung auf die Dauer von zehn Jahren garantiert. Das war alles, was in dreimonatigen Beratungen und Verhandlungen erreicht wurde.

Im April des Jahres 1922 fand wiederum eine Weltkonferenz und zwar in Genua statt. Schon vorher hatten die Franzosen dafür gesorgt, daß ihrer Haß- und Machtpolitik gegenüber Deutschland in keiner Weise Abbruch getan werden konnte. Es fiel ihnen schwer genug, mit Deutschen und Russen als gleichberechtigten Partnern überhaupt an einem Tische sitzen zu müssen. Die Konferenz hatte den Zweck, das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu lösen. Die deutsche Regierung wollte vor allem Europa von den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen überzeugen und es für den praktischen Wiederaufbau gewinnen. Als wichtigste Ziele verfolgte sie eine internationale Anleihe, Stabilisierung der deutschen Mark, eine vernünftige Handhabung der Meistbegünstigungsklausel des Versailler Vertrags und eine Verminderung der Besatzungskosten und Kontrollkommissionen der Entente. Was Deutschland erreicht hat, ist neben dem mit Rußland geschlossenen Vertrag von Rapallo vor allem ein moralischer Gewinn, dadurch, daß es durch seine Vertreter Dr. Wirth und Dr. Rathenau mit zahlreichen Regierungen der Welt in Fühlung treten konnte. Sechs Wochen tagte die Konferenz. Aber einige gut klingende Resolutionen kam man aber nicht hinaus. Die russische Frage wurde einer neuen Konferenz im Haag zugewiesen, ohne daß sie dort ihre Lösung gefunden hätte.

Dank der französischen Unduldsamkeit war auch das Ergebnis dieser Konferenz ein recht klägliches für die Welt. Man darf allerdings nicht außer Acht lassen, daß die Konferenz von Genua das erste Mal Sieger und Besiegte als Gleichberechtigte gesehen hat. Klar ging aus den Verhandlungen hervor, daß sich die Welt von heute in zwei Lager spaltet. Der eine Teil wünscht das friedliche Zusammenarbeiten der Völker und ist überzeugt von der Verbundenheit der menschlichen Kultur und Wirtschaft. Auf der anderen Seite

aber stehen die Mächte der brutalen Gewalt, die das Gebot der Stunde noch nicht erkannt haben, Frankreich mit seinen Trabanten. Die Zukunft Europas hängt davon ab, wie lange diese letzte Gruppe der Welt ihren Willen aufzuzwingen vermag.

*

Die Konferenz von Genua war so recht geeignet, die Augen der Welt auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu lenken, die wir hier ebenfalls kurz streifen wollen, soweit dies nicht schon bei Besprechung des Reparationsproblems geschehen ist. Das deutsche Volk hat im vergangenen Jahre ungeheure Belastungen getragen. Es hatte mit schweren Nahrungs-, Kleidungs- und Wohnungsorgen zu kämpfen. Mit der wahn-sinnigen Entwertung der Mark konnten Löhne und Gehälter keineswegs Schritt halten und heute wissen wir noch nicht, wie wir einmal der uner-träglichen Teuerung auf allen Gebieten Herr wer-den sollen. Es macht sich eine Kapitalknappheit bemerkbar, die die Existenz zahlreicher Unter-nehmungen infrage stellt. Die Entwertung des Geldes erschwert die Beschaffung der notwendigen Rohstoffe und begünstigt die Verschleuderung deutscher Fertigfabrikate ins Ausland. Der Bauer hängt teilweise noch in den Fesseln der Zwangswirtschaft, während seine Produktionskosten ins Riesenhafte steigen. Dazu kommt eine nie gesehene steuerliche Belastung, die neben den zahlreichen politischen Druckmitteln jede wirt-schaftliche Entwicklung hemmt, einen Zustand dauernder Unsicherheit schafft, jede Kalkulation über den Hausen wirft, überhaupt unsere ganze scheinbar in Blüte stehende Wirtschaft zu er-drosseln geeignet ist.

*

Ist es unter solchen Umständen zu verwundern, daß auch unsere innerpolitische Ent-wicklung sehr viel zu wünschen übrig ließ? Abgesehen von den vielen Erschütterungen, die das Reich durch wirtschaftliche Kämpfe auszu-halten hatte — es sei nur an den großen Eisen-bahnerstreik im Februar erinnert —, waren es die unheilvollen Folgen der politischen Morde am Reichsfinanzminister a. D. Erzberger und am Reichsaußenminister Dr. Rathenau, die den Be-stand des Reiches auf's Schwerste gefährdeten.

Gemütlich. Sächsischer Räuber: „Ihr Geld, mei-nester, oder es is Se nämlich nicht ganz unmöglich, daß Se was passieren könnte!“

Zu viel verlangt. Richter: „Ich glaube, wir sehen uns heute nicht zum ersten Male hier.“ — Angeklagter: „Kann wohl sein, ich kann mir doch aber unmöglich alle Herren Richter merken, mit denen ich in Be-zührung komme.“

indem sie die politischen Leidenschaften im höchsten Grade entfesselten. Die Mörder gehörten Ge-heimorganisationen an, die sich die Beseitigung der Republik und deren Führer zum Ziel gesetzt hatten. Systematisch wurde die an sich schon mit Hochspannung geladene Atmosphäre vergiftet. Andererseits leitete Frankreich immer wieder aus all den zügellosen Radikalismen auf beiden Sei-ten sein Recht her, einem solchen Deutschland gegenüber die weitgehendsten politischen und wirt-schaftlichen Sicherungen zu verlangen. So wurde fortgesetzt das an sich so schwache Funda-ment des Reiches unterhöhlt und die Regierung sah sich gezwungen, um den Fortbestand des Rei-ches zu ermöglichen, eine Reihe von Schutz-geetzen zu erlassen, die jede verfassungsfeindliche Handlung unter schwerste Strafe stellen. Hoffent-lich gelingt es nunmehr, aus der Mordatmosphäre herauszukommen, um so wenigstens den schred-lichsten der Schreden, einen Bürgerkrieg zu ver-meiden. Unser deutsches Vaterland hat die Ruhe heute nötiger denn je. Nur der Franzose kann den Wunsch haben, daß es in Deutschland drun-ter und drüber geht, damit er doch noch einen Grund hat, über den Rhein herüberzukommen.

Es muß daher das Ziel aller wahren Patrio-ten sein, im Innern Ruhe und Ordnung zu schaffen, denn es gilt heute, dem deutschen Volke das Leben zu retten. Wir müssen alle mitarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlandes, um damit gleichzeitig die europäische Wirtschaft und die Weltwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Das Schicksal der gebeihlichen Entwicklung der Welt liegt in den Händen der Siegerstaaten. Ihnen ist die Macht gegeben, entweder die ge-samte Welt neuer Wohlfahrt zuzuführen oder den Untergang der europäischen Kultur heraufzu-beschwören. Eine fruchtbare Entwicklung wird aber nur möglich sein, wenn die Politik des Hasses und der Gewalt einer solchen der Vernunft und der Verständigung den Weg freigibt. Noch lassen wir die Hoffnung nicht sinken, daß in der Welt der Sinn für Recht und Gerechtigkeit auch für unser Volk nicht für immer erloschen ist. Wir wissen wohl, daß der uns vorgeschriebene Wiede-raufstieg unvermeidlich durch den schweren Gang der Leistung und Erfüllung führen muß, wir ha-ben aber auch die Hoffnung, daß es wieder ein-mal vorwärts und aufwärts geht mit unserem Volke.

R.

Treffend. Gast zum Kellner, der ihm ein Glas Bier bringt, welches mehr Schaum als Bier enthält: „Kellner, ich will mich nicht rasieren, ich will Bier trinken!“

Der Metzgermeister zum Firmenschildmaler: „Da malen Sie mir also meinen Namen hin: Friedrich Gottlieb Schulze, — und dann einen fetten Ochsen dazu, damit man gleich sieht, was ich bin.“

Wir regeln... w... rung... Stall... verständig... ist es... loses... andau... erte... Grupp... tung... stimm... Biene... voll... dritte... vorher... nicht... dem... ter... Sonn... dieser... sich... Bauer... stimm... nur... fogar... Nürge... Ausno... bei... die... launig... kümme... reimte... jährig... Es... die... z. B... schen... für... erschei... hinein... Wissen... festgef... Wi... zu... regeln... mit... gleiche... Wette... vieler... aus... Regel... Kunst... stige... sonnen... auf... sten